

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich nachmittags 4 Uhr. Preis monatlich 2,50 RM. frei Haus bei Bestellungen 1,50 RM. zusätzl. Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Ausläger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Unmöglichkeit der Lieferung wird die Redaktion der Zeitung über die Abgabe der Bestellungen in Kenntnis gesetzt. Rücksendung eingeleiteter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreise laut auflegender Preisliste Nr. 5. — Liefer-Gebühr: 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. — Bei Anstalt und Druckerei des Wilsdruffer Tagesblattes. — Druckerei des Wilsdruffer Tagesblattes. — Druckerei des Wilsdruffer Tagesblattes.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 82 — 95. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 6. April 1935

Festkurs in der deutschen Wirtschaft

Völlig unbegründete Devaluationsgerüchte — Zellwolle, die junge, begehrte Schwester der Kunstseide — Wieder mehr Schweine!

Im Auslande sind, wie schon so oft in den letzten Jahren, die letzten Wochen wieder einmal dazu benutzt worden, das Gerücht auszuführen, daß sofort nach den deutschen Wahlen eine Abwertung der Mark erfolgen würde, und daß gleichzeitig mit dieser Maßnahme ein Wechsel in der obersten Leitung der deutschen Wirtschafts- und Wirtschaftspolitik erfolgen werde. Diesen Gerüchten gegenüber verdient der Leitartikel der neuesten Ausgabe der bekannten wirtschaftlichen Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ besondere Beachtung. In diesem Aufsatz heißt es u. a.: „Wir können hier auf Grund unserer Informationen erklären, daß all diese Gerüchte und Kombinationen um die Währung und den Leiter der Währungs- und Wirtschaftspolitik jeder sachlichen Begründung entbehren.“ Im Zusammenhang mit der Tendenzmessung von der Abwertung der deutschen Währung hieß es weiter, daß sich auch eine gründliche Auflockerung und Erweiterung des angeblich völlig bürokratisierten und sich immer unfruchtbarer gestalteten Außenhandels, z. B. durch ein Privatclearing sowie die Aufnahme von Auslandskrediten, als notwendig erweisen werde. Der angeführte Artikel erklärt hierzu: „In Wirtschaft kann auch heute weder an eine Durchlöcherung der Grundlinien des „Neuen Planes“ noch an eine Devaluation gedacht werden. Die unmittelbare Folge eines Privatclearing würde bei dem starken, bisher durch die Regulierung der Einfuhr in Schranken gehaltenen Hunger nach Auslandswaren ein sehr starkes Aufsteigen und damit eine Bevorzugung der Einfuhr solcher Waren sein, die das Regio am leichtesten zu tragen bereit sind. Das würden aber vielfach gerade die sein, die für die Aufrechterhaltung bei der derzeitigen Konjunktur nicht so sehr notwendig sind. Ferner würde infolge der im Durchschnitt erheblichen Erhöhung der Einfuhrpreise das ganze inländische Preisgefüge in Bewegung geraten, und eine allgemeine Lohnerhöhung unvermeidbar werden. Weiter würde durch das dauernde Bekanntwerden schwankender Privatclearingkurse das deutsche Publikum in seinen sozioökonomischen Überzeugungen reagierenden Währungsvorstellungen aufs stärkste beeindruckt und dadurch ein gefährliches psychologisches Moment in der Richtung neuer Unsicherheit von Währung und Wirtschaft ausgelöst werden. Schließlich wäre es auf die Dauer überhaupt fraglich, wieviel tatsächlich im ganzen eine Steigerung des deutschen Exports eintreten würde.“ Gerade diese Ungewissheit ist in all den Jahren der Hauptgrund gegen eine offene einmalige Abwertung gewesen. Solange die Welt nicht grundsätzlich zu einer Ausweitung des internationalen Handels bereit ist, kann nach dem gegen 40 Staaten im Laufe der letzten Jahre ihre Währung abgewertet haben, ein Nutzen aus einer Devaluation nicht mehr erwartet werden. Auch diesen Überlegungen trägt der „Volkswirt“ Rechnung. „Selbstverständlich muß das deutsche Preisniveau gegenüber dem Ausland — und das ist ja der Kern des Währungsproblems — irgendwie in Ordnung gebracht werden. In dem Übergangszustand, in dem wir uns seit einigen Jahren befinden, geschieht das durch die bekannten Mittel. Es ist abwegig, anzunehmen, daß auf die Dauer eine Devaluation der einzige Weg dazu und deshalb unvermeidlich wäre. Welche Maßnahmen schließlich ergriffen werden, ist eine Frage des Ausmaßes und der politischen Kraft. Jedenfalls werden wir dann am besten und sichersten fahren, wenn wir als Realpolitiker zunächst die inneren Dinge, d. h. vor allem die Finanz- und Wirtschaftspolitik, auf eine Währungsrichtigen einrichten, die eines Tages wieder ohne bürokratische, aber zur Zeit nicht entbehrliche Stricken funktionieren.“

Auf der Suche nach neuen heimischen Rohstoffen hat die Kunstseide, die vor rund 50 Jahren ihren Siegeszug durch die Welt antrat, eine Schwester erhalten, die sogenannte Zellwolle. Genau so wie ihre heute in aller Welt bekannte und begehrte Schwester scheint auch die Zellwolle sich die Welt in kürzester Frist erobern zu wollen. Nicht nur in dem rohstoffarmen Deutschland ist sie heute zu Hause, sondern in fast allen größeren Industriestaaten der Welt. Die Herstellung dieses neuen Rohstoffes, der sich vorzüglich als Beimischungsfaser zum Baumwollgewebe eignet, kommt dem Bestreben der großen Industriestaaten der Welt entgegen, sich von den natürlichen, aber einseitig in der Welt verteilten Rohstoffen unabhängig zu machen. Heute wird Zellwolle bei uns in Deutschland bereits zu Stoffen, Schals, Trikots und sogar zu Gabardine für Regenmäntel verwendet. Im Jahre 1935 betrug der deutsche Zellstoffverbrauch 388 000 Doppelzentner. In der Zwischenzeit ist eine Reihe neuer Fabriken in den verschiedensten Gegenden des Landes errichtet worden, die heute schon so vorzüglich arbeiten, daß wir im laufenden Jahr mit einer Erzeugung von 39 000 Tonnen und 1937 mit einer solchen von 70 000 Tonnen rechnen können. Was aber das Bedeutsame an der Zellwolle ist, ist die Tatsache, daß sie nicht nur uns durch die erprobte Einfuhr von

Frankreich bearbeitet einen Gegenplan

Locarnobesprechungen in Genf.

Dreizehnerausschuß nach Genf einberufen.

Auf Wunsch der französischen Regierung Zusammentritt am Mittwoch.

Wie aus Genf gemeldet wird, ist der Dreizehnerausschuß des Völkerbundesrates auf Mittwoch, den 8. April, einberufen worden. Wie man hört, ist die Vorberlegung dieser Tagung, die ursprünglich erst nach Ostern stattfinden sollte, auf den Wunsch der französischen Regierung zurückzuführen, die bei dieser Gelegenheit eine gemeinsame Besprechung der Locarnomächte über den deutschen Friedensplan herbeiführen möchte. Dieses Verfahren soll gewählt worden sein, um die Schwierigkeiten, die der Einberufung einer besonderen Konferenz der Locarnomächte augenblicklich im Wege stehen, zu umgehen.

Mitte der Woche Locarnobesprechungen.

Die englische, belgische und italienische Regierung haben der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie einverstanden sind mit dem Vorschlag, Besprechungen der Locarnomächte in Genf anlässlich der Beratungen des Locarnoausschusses stattfinden zu lassen. Diese Konferenz der Locarnomächte wird am 9. oder 10. April stattfinden, da der belgische Ministerpräsident von Zeeland nicht vor Donnerstag oder Freitag in Genf anwesend sein kann.

Immer noch die alten Rezepte.

Paris, 5. April. Die Pariser Sonntagspresse beschäftigt sich vornehmlich mit dem noch in Bearbeitung befindlichen französischen Plan, ohne viel Neues dazu zu bringen. Mehrere Blätter lassen durchblicken, daß bei der Bearbeitung des französischen Planes auch seine propagandistische Wirkung auf die öffentliche Meinung berücksichtigt werde. Man glaubt, daß nach der Locarnobesprechung am Ende der Woche Generalbesprechungen zwischen Frankreich, England und Belgien aufgenommen werden und daß die Prüfung des allgemeinen Problems des europäischen Neubaus erst nach den französischen Wahlen im Mai in Genf beginnen werde.

Der Außenminister des „Petit Parisien“, der in seiner verständnislosen Einstellung bisher mit am weitesten gegangen ist, hofft, daß die Konferenz der Locarno-Vertreter von kurzer Dauer sein werde, da sie sich darauf beschränken könne, die Ablehnung der im Reichbuch enthaltenen Vorschläge durch Deutschland und weiter die Unmöglichkeit festzustellen, die Verhandlungen mit dem Reich fortzusetzen. Man werde den deutschen Plan dann dem Völkerbund zur Prüfung überlassen. Über den französischen Gegenplan weiß das Blatt zu berichten, daß sein Schwergewicht auf dem Grundgedanken der kollektiven Sicherheit beruhe. An die Seite eines westlichen Regionalpaktes könnten ähnliche Pakte für den Osten, für das Donaubeden und das Mittelmeer treten. Zwecks Festigung der

Bindungen des gegenseitigen Verständes könnte man in gewissem Umfange auf den Gedanken der Europäischen Union Brlands (1) oder auf das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 (1) zurückkommen. Dieser Hinweis auf die verstaubten Rezepte einer überholten Epoche ist für die geistige Haltung gewisser französischer Kreise bezeichnend.

Der Außenminister des „Excelsior“ nimmt an, daß der französische Plan aus vier Teilen bestehen werde:

1. Eine Überlegung der „geschichtlichen Fehler“ (1) in der Einleitung der deutschen Denkschrift.
2. Eine Feststellung der deutschen Ablehnung der Vorschläge der Rest-Locarnomächte vom 19. März.
3. Ein Nachweis, welche „Gefahr“ (1) für Europa die deutsche Auffassung vom Frieden bedeute, die unvereinbar sei mit den Grundgedanken des Völkerbundes und
4. einen „aufbauenden“ französischen Plan im Rahmen des Völkerbundes.

Die französische Regierung werde nicht zustimmen, daß an die Stelle des Systems der kollektiven Sicherheit ein System zweiseitiger Verträge oder Verständnisgarantien gesetzt werde.

Ebenso wenig werde die französische Regierung eine unterschiedliche Behandlung der großen Westmächte und der mittel- oder osteuropäischen Staaten zulassen. Der deutsche Vorschlag, ein Schiedsgericht einzusetzen, sei, so meint das Blatt, von vornherein durch die Ablehnung des Doogers Gerichtshofes erledigt. Über den aufbauenden Teil des französischen Planes weiß das Blatt keine Einzelheiten zu berichten.

Der „Populaire“ äußert sich sehr kritisch über den französischen Plan, soweit bisher Einzelheiten über ihn durchgesickert sind. Der erste Teil, der eine geschichtliche Auseinandersetzung mit der deutschen Auffassung darstelle, sei völlig überflüssig. Die Polemik mit Deutschland habe schon solange gedauert. Auch das, was man vom zweiten Teil wissen, sei unbefriedigend. England habe Frankreich und Belgien Garantien gegeben, die ihre Sicherheit gegen einen etwaigen Angriff erhöhten. Frankreich könne also ruhig an der europäischen Friedenskonferenz teilnehmen. Das Rheinlandproblem müsse unter dem Gesichtspunkt der Ergebnisse dieser Friedenskonferenz geprüft werden. Es sei nicht zweckmäßig, von vornherein gegen ein Hindernis anzukämpfen. Gegen den dritten Teil kündigt das Blatt seinen Widerstand an, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß er zurückgreife auf Vorschläge aus dem Jahre 1932.

Der „Quotidien“ fordert, daß man offen verhandele, ohne dem Partner Rückenstücke zuzufügen. Die französische Regierung solle die „Benutzung“ fallen lassen, die nichts anderes seien, als falsche „Symbole“. Sie solle sich nicht aufhalten lassen durch kleine Hoffnungen ohne Erfolg und durch militärische Besprechungen, die zu nichts führten. Sie solle ein offenes, unmittelbares, modernes Spiel spielen.

Auch der rechtsstehende „Jour“ meldet eine Reihe von Vorbehalten an. Er billigt zwar den Versuch der französischen Regierung, die diplomatische Initiative wieder selbst zu ergreifen. Aber er befürchtet, daß die französischen Vorschläge zu schnell ausgearbeitet würden. Wenn es sich bewahrheiten würde, was über den Plan gesagt wurde, so wäre er der reine Wahnsinn. Über die Flandin aus innenpolitischen Gründen gewonnen sein, die Kinder, Paul-Boucour und Verriot, auf seinen Armen zu tragen? Frankreich habe seit 1924 seine Verhandlungspartner niemals für diese Dreen zu gewinnen vermocht.

Der englische Verteidigungsminister: Vorwärts den Blick!

In diesem Zusammenhang interessiert eine Rede des englischen Verteidigungsministers Sir Thomas Inskip auf einer konservativen Versammlung in Portsmouth, in der er erklärt hat: In einer solchen Lage, wo die Völker den Frieden wünschen, sollte es den Staatsmännern sicherlich nicht unmöglich sein, einen dauernden Frieden zu bringen.

Deutschland, so betonte der Minister, habe Vorschläge gemacht, die einer sorgfältigen Prüfung wert seien. Das deutsche Schriftstück enthalte viele verlockende Dinge, die, wie er hoffe, in eine wirkliche Vereinbarung zwischen den Nationen umgeschwift werden könnten. Der Verteidigungsminister erklärte weiter, es wäre begrüßenswert, wenn man etwas Zeit zur Erwägung haben würde, anstatt stets mit halbbrecherischer Gleichgültigkeit zu verhandeln. Es würde aber keinen Zweck haben, wenn man auf beiden Seiten des Kanals Dinge täte, die den Schluß zuließen, daß man die Pause benütze, um die Lage noch schwieriger zu machen. Während England die deutschen Vorschläge in dem offeneren und ehrlichen Wunsch, das Beste aus ihnen herauszuholen, prüfe, werde, so hoffe er, auf beiden Seiten des Rheines der Wunsch vorhanden sein, über das streng juristische Dokument hinauszugehen und vorwärts zu blicken, anstatt rückwärtszugehen.